

Diskussionspapier

Forschungsgruppe Globale Fragen

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit



Ulrich Schneckener

Rankings und Indizes: Welche Staaten gelten als fragil?

Diskussionspapiere sind Arbeiten im Feld der Forschungsgruppe, die nicht als SWP-Papiere herausgegeben werden. Dabei kann es sich um Vorstudien zu späteren SWP-Arbeiten handeln oder um Arbeiten, die woanders veröffentlicht werden.

Kritische Kommentare sind den Autoren in jedem Fall willkommen.

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Diskussionspapier FG 8, 2007/Nr. 03, März 2007
SWP Berlin

Rankings und Indizes: Welche Staaten gelten als fragil?

In der modernen Staatenwelt erfüllt der Staat, zumindest der Theorie nach, eine doppelte Ordnungsfunktion. Zum einen übernimmt jeder einzelne Staat die Aufgabe, für eine spezifische Bevölkerung innerhalb konkreter Territorialgrenzen die öffentliche Ordnung zu gewährleisten. Zum anderen konstituieren alle Staaten gemeinsam das internationale System, sie sind damit die primären (wenn auch nicht alleinigen) Träger der globalen Ordnung. Schwache, versagende, zerfallende oder gescheiterte Staaten – allgemeiner formuliert: *Formen fragiler Staatlichkeit* – unterminieren beide Funktionen. Sie verursachen insofern nicht nur Probleme auf nationaler oder regionaler, sondern auch auf internationaler Ebene. In der Tat ist eine Reihe von Staaten de facto nicht oder nicht mehr in der Lage, grundlegende Funktionen und Dienstleistungen gegenüber ihren Bürgern zu erbringen und ihrer Verantwortung und ihren Verpflichtungen als Mitglieder der internationalen Staatengemeinschaft gerecht zu werden. Fälle von fragiler Staatlichkeit zeichnen sich insofern dadurch aus, dass staatliche Institutionen ihre Kontroll-, Steuerungs- und Handlungsfähigkeit in zentralen Aufgabenbereichen verloren haben oder nur unzureichend entwickeln konnten, was sich zumeist in einen rapiden oder schleichen Verlust an Legitimität übersetzt.

Der eher sicherheitspolitisch ausgerichtete *Failed-State-Index*, der 2005 erstmals von der Zeitschrift *Foreign Policy* und dem *Fund for Peace* erstellt wurde, listet Länder auf, deren Staatlichkeit mit "kritisch", "gefährdet" oder "latent gefährdet" bewertet werden.¹ Grundlage für den Index sind zwölf Indikatoren.² Galten 2005 33

¹ Siehe: *Foreign Policy & The Fund for Peace: The Failed States Index*, in: *Foreign Policy*, July/August, 2005, S. 56-65. *Foreign Policy & The Fund for Peace: The Failed States Index*, in: *Foreign Policy*, May/June, 2006, S. 50-58. Vgl. auch:

<http://www.fundforpeace.org/programs/fsi/fsindex.php>.

² Der Index umfasst folgende Indikatoren: "(1) mounting demographic pressures, (2) massive movement of refugees and IDPs, (3) legacy of vengeance – seeking group grievance, (4) chronic and sustained human flight, (5) uneven economic development along group lines, (6) sharp and/or severe

von 76 untersuchten Staaten als „kritisch“, waren es 2006 28 von nunmehr 146 Staaten. Angesichts der unterschiedlichen Grundgesamtheit sind beide Rankings kaum miteinander vergleichbar, zumal manche Einordnung erhebliche Zweifel an einer einheitlichen Bewertung der Daten aufkommen lässt. Beispielsweise lag Pakistan 2005 noch auf Rang 34 („gefährdet“), ein Jahr später aber auf Platz 9 („kritisch“) noch vor Afghanistan und Liberia (!), obgleich wenig dafür spricht, dass sich die Zustände im Land innerhalb von zwölf Monaten in dieser gravierenden Weise verschlechtert haben. Um gleichwohl diese Rankings als eine Art Momentaufnahme zu nutzen, kann man zumindest jene insgesamt 38 Staaten als Fälle fragiler Staatlichkeit in Betracht ziehen, die 2005 bzw. 2006 als „kritisch“ angesehen wurden.

Stärker entwicklungspolitisch motiviert ist hingegen die Bewertung von Autoren des *Center for Global Development* (2006), wonach 48 Staaten – in unterschiedlicher Intensität – als „poorly performing states“ bezeichnet werden. Unterschieden wird dabei zwischen „worst performers“, „struggling on many fronts“ und „near-misses“. Diese Einordnung orientiert sich in erster Linie an jenen Kriterien zu politischen und wirtschaftlichen Freiheiten, zur Qualität des Rechtsstaates sowie zu öffentlichen Investitionen in Bildung und Gesundheit, die die US-Regierung bei ihrer Mittelvergabe aus dem *Millennium Challenge Account* zugrunde gelegt, mit dem vor allem „good performers“ belohnt werden sollen.³

economic decline, (7) criminalization or delegitimization of the state, (8) progressive deterioration of public services, (9) widespread violation of human rights, (10) security apparatus as "state within a state", (11) rise of factionalized elites, (12) intervention of other states or external actors." Siehe:

<http://www.fundforpeace.org/programs/fsi/fsindex.php>.

³ U.S.Polic Siehe Jeremy M. Weinstein/Milan Vasihnav: *A Mismatch with Consequences: U.S. Foreign Policy and the Security-Development Nexus*, in: Birdsall, Nancy/Vaishnav, Milan/Ayres, Robert L. (eds.): *Short of the Goal. y and Poorly Performing States*, Washington, D.C.: Center for Global Development, 2006, S. 8-16.

Das britische Department for International Development (DFID) geht in seiner Strategie wiederum von 46 fragilen Staaten aus, in denen insgesamt rund 870 Millionen Menschen, etwa 14 Prozent der Weltbevölkerung, und etwa ein Drittel aller Menschen, die mit weniger als einem US-Dollar pro Tag leben müssen (DFID 2005: 7). Diese Zusammenstellung basiert auf den Country Policy and Institutional Assessments (CPIA) der Weltbank, die jährlich durchgeführt werden, um anhand von 20 Kriterien die Wachstums- und Armutsbekämpfungspolitik von Ländern zu bewerten, die internationale Finanzhilfen erhalten. DFID führt dabei jene Staaten auf, die in den Jahren 1999 bis 2003 wenigstens einmal in den beiden untersten CPIA-Kategorien genannt wurden.⁴

Zu einem anderen Ergebnis kommt der Bertelsmann Transformation Index (BTI): Der Status Index 2006 konstatiert bei 55 Staaten (Rang 65 bis 119) "ungünstige Voraussetzungen" oder gar "gravierende Hindernisse" für die Entwicklung einer marktwirtschaftlichen Demokratie.⁵ Dieser Befund läßt durchaus Rückschlüsse auf die Stabilität des Staatswesens zu, wenn man die These teilt, wonach es sich bei konsolidierter Staatlichkeit zumeist um demokratisch regierte Staaten handelt (gilt aber nicht im Umkehrschluß!). Aufgrund dieser spezifischen Perspektive finden sich unter diesen "bad performer" zahlreiche autoritäre oder semi-autoritäre Regime, aber auch Länder, in denen der Demokratisierungsprozeß noch am Anfang steht bzw. ins Stocken geraten ist. In eine ähnliche Richtung gehen die Governance Indicators der Weltbank, die seit 1996 alle zwei Jahre in folgenden Kategorien erhoben werden: "voice and accountability", "political stability",

"government effectiveness", "regulatory quality", "rule of law" und "control of corruption".⁶ Von den 209 untersuchten Ländern und Territorien erhalten über 70 durchgehend in allen sechs Kategorien negative Werte, so dass man ihre Governance-Leistungen insgesamt als kritisch bezeichnen kann, selbst wenn es erhebliche Schwankungen innerhalb dieser Staatengruppe gibt.⁷

Diese Rankings lassen sich nun abgleichen mit Listen von den Vereinten Nationen bzw. der Weltbank, die sich primär an Entwicklungs- und Wirtschaftsindikatoren ausrichten und insofern die Output-Leistung eines Gemeinwesens zumindest in Teilen abbilden. Beim UNDP Human Development Index (HDI, 2003), der Daten für die durchschnittliche Lebenserwartung, die Alphabetisierungs- und Einschulungsrate sowie das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt aggregiert, liegen 70 Staaten unter dem HDI-Durchschnitt aller berücksichtigten Staaten (Rang 108 bis 177), davon gehören 32 Länder in die Kategorie "low human development". Hinzu kommen jene Staaten, die aufgrund fehlender oder mangelhafter Datenlage nicht im HDI aufgelistet werden und von denen daher vermutet werden kann, dass sie ebenfalls weit unter dem HDI-Durchschnitt liegen (z.B. Afghanistan, Liberia, Irak, Nordkorea).⁸

Die Liste der Least Developed Countries (LDCs), erstellt von der UN-Sonderorganisation UNTAC, umfaßt dagegen 50 Staaten, die insgesamt 11 Prozent der Weltbevölkerung (742 Millionen) ausmachen, aber nur über 0.6 Prozent des globalen GDP verfügen.⁹ Die Weltbank (2006) bezeichnet wiederum 54 Staaten als "low income

⁴ CPIA ist unterteilt in fünf Kategorien ("very good" bis "very bad"), für seine Auswertung legte DFID die Kategorien 4 und 5 zugrunde. Bei den CPIA werden vier Bereiche untersucht: (A) Economic Management, (B) Structural Policies, (C) Policies for Social Inclusion/Equity und (D) Public Sector Management and Institutions. Die LICUS-Initiative der Weltbank (Low-Income Countries Under Stress) legt ebenfalls die CPIA zugrunde und geht von rund 30 Staaten aus, die danach als LICUS gelten können.

⁵ Der BTI Status Index setzt sich aus den Werten für "politische Transformation" und für "wirtschaftliche Transformation" zusammen, wobei jeweils eine Reihe von Kriterien abgeprüft werden, vgl. Bertelsmann Stiftung (Hg.): Bertelsmann Transformation Index 2006, Gütersloh: 2005.

⁶ Siehe: Kaufmann, David/Kray, Aart/Mastruzzi, Massimo: Governance Matters IV: Governance Indicators for 1996-2004, Washington, D.C., 2005.

⁷ Grundlage für die Auswertung ist die graphische Aufarbeitung unter: http://worldbank.org/wbi/governance/pdf/Governance_Indicators_eng.pdf.

⁸ Siehe: UNDP (Hg.): Human Development Report 2005. International Cooperation at a crossroads: Aid, trade and security in an unequal world, New York, S. 219-222.

⁹ Diese Liste basiert auf Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt, menschlichen Entwicklungsindikatoren (Bildung, Gesundheit, Ernährung und Alphabetisierung) sowie Kriterien für wirtschaftliche Instabilität. Siehe dazu: <http://www.un.org/special-rep/ohrlls/ldc/ldc%20criteria.htm>.

economies", wobei hier allein das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt zugrunde gelegt wird.¹⁰

Legt man nun diese verschiedenen Rankings nebeneinander, ergibt sich eine Liste von rund 100 Staaten von Ägypten bis zur Zentralafrikanischen Republik, die in irgendeiner Form das Etikett "fragiler Staatlichkeit" erhalten haben (siehe Tabelle im Anhang). Die jeweiligen Staatengruppen überlappen sich zwar, keine ist aber mit einer anderen vollständig identisch. Diese starke Streuung kann nicht weiter verwundern, da die Rankings jeweils anderen Kriterien und Gewichtungen beruhen, auch wenn das genutzte Datenmaterial teilweise identisch ist (z.B. Nutzung des HDI als Indikator). Interessanter ist der Befund, wenn man jene Staaten näher betrachtet, die ungeachtet dieser unterschiedlichen Ausrichtung in den meisten Rankings als prekäre Fälle auftauchen. Im Ergebnis erhält man eine Liste von 47 Ländern, die mindestens fünfmal genannt werden und insofern offenbar in mehreren Dimensionen von Staatlichkeit erhebliche Defizite aufweisen. Es handelt sich um folgende Länder – geordnet nach der Häufigkeit ihrer Nennungen:

- Äthiopien, Afghanistan, Birma, Burundi, Guinea, Haiti, Jemen, Kongo DRC, Laos, Liberia, Nepal, Sierra Leone, Somalia, Sudan, Tschad, Zentralafrikanische Republik (8x genannt);
- Cote d'Ivoire, Eritrea, Kambodscha, Niger, Nigeria, Ruanda, Simbabwe, Togo, Usbekistan (7x);
- Angola, Burkina Faso, Guinea-Bissau, Kirgistan, Komoren, Pakistan, Papua Neu-Guinea, Solomon Islands, Tadschikistan, Tansania (6x);
- Bangladesch, Dschibuti, Gambia, Kamerun, Kenia, Malawi, Mosambik, Nordkorea, Sambia, Sao Tomé & Príncipe, Timor Leste, Uganda (5x).

Ferner kann man mit guten Gründen noch den Irak hinzuzählen, der aufgrund der schlechten Datenlage in einigen Rankings bewußt ausgeklammert wurde. Diese Gruppe

¹⁰ Als "low income countries" gelten jene Länder, deren Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt bei 875 US-Dollar oder weniger liegt.

bildet offenkundig eine gewisse Bandbreite ab: Sie umfaßt sowohl die dramatischen Fälle von Bürgerkrieg und Staatskollaps vom Typ Somalia als auch Beispiele für strukturell schwache Staatswesen, bei denen aber weder akut noch in absehbarer Zeit ein Staatszerfall droht (z.B. Tansania, Gambia, Malawi oder Sambia). Dennoch lassen sich einige Gemeinsamkeiten feststellen:

Erstens sind in dieser Auswahl akute Kriegs- und Krisenregionen (z.B. DR Kongo, Birma, Cote d'Ivoire, Afghanistan, Liberia, Sierra Leone, Irak, Somalia, Nepal, Sudan) sowie typische Post-Konflikt-Gesellschaften (z.B. Tadschikistan, Kambodscha, Angola, Ruanda) besonders prominent vertreten.

Zweitens betrifft es grosso modo Länder, die zu den ärmsten der Welt gehören. Die Mehrzahl von ihnen befindet sich im unteren Drittel des UNDP Human Poverty Index, der insgesamt 103 Länder anhand verschiedener Armutskennzeichen auflistet.¹¹ Dies gilt jedoch nicht im Umkehrschluß: Es gibt auch Länder, die nach diesen Kriterien als arm gelten, aber nicht zu den oben genannten Staaten gehören (z.B. Botswana, Mauretanien, Mali, Benin).

Drittens handelt es sich in den meisten Fällen nicht um demokratisch legitimierte Regierungen, sondern um unterschiedliche Formen autoritärer bzw. semi-autoritärer Herrschaft (z.B. feudale Strukturen, neo-patrimoniale Herrschaft). Eine gewisse Ausnahme bilden lediglich Länder, die sich in einem schwierigen und rückfallgefährdeten Transformationsprozeß befinden (z.B. Kenia, Sambia, Timor Leste, Mosambik).

Viertens zeigt ein Blick auf die geographische Verteilung einmal mehr, dass das Problem fragiler Staatlichkeit in besonderer Weise Sub-Sahara-Afrika – schwerpunktmäßig West-, Ost und Zentralafrika – betrifft. Mehr als die Hälfte der genannten Länder finden sich auf dem afrikanischen Kontinent, die übrigen verteilen sich primär auf Südost- und Zentralasien. Zum Vergleich: In Lateinamerika erhält lediglich Haiti in allen Rankings schlechte Noten.

¹¹ Siehe: UNDP (Hg.): Human Development Report 2005, New York, S. 229.

Dieser Befund aus einer Makro-Perspektive lässt durchaus Rückschlüsse auf typische Dynamiken und Ursachen fragiler Staatlichkeit zu: Eine Kombination aus langanhaltenden Gewaltkonflikten, weit verbreiteter Armut und wirtschaftlicher Misere, nicht demokratischen, intransparenten und zumeist klientelistischen Herrschaftsstrukturen sowie einem ungünstigen regionalen Umfeld dürfte danach in den meisten Fällen für die Schwäche, das Versagen oder gar das Scheitern von Staaten verantwortlich sein.

Die Aussagekraft solcher Rankings und Indizes ist jedoch begrenzt, weshalb diese Auflistungen mit einer gewissen Vorsicht zu genießen sind: Zum ersten gibt es eine Reihe methodischer Probleme: Rankings und Indizes konzentrieren sich naturgemäß primär auf quantifizierbare Daten und können insofern relevante qualitative Veränderungen – beispielsweise im Verhältnis bestimmter Bevölkerungsgruppen zueinander – nur schwer abbilden; in zahlreichen Fällen sind die notwendigen statistischen Daten entweder nicht verfügbar oder kaum verlässlich; bei manchen Indizes bleibt offen, ob und inwiefern die jeweiligen Indikatoren gewichtet werden. Zum zweiten handelt es sich nicht selten um Momentaufnahmen, bei denen bestimmte Verzerrungen – etwa durch dramatische Ereignisse (z.B. akute Wirtschaftskrise) – nicht ausschließen sind. Zum dritten geben sie nur wenig Auskunft darüber, wie sich die Defizite an Staatlichkeit konkret innerhalb eines Landes auswirken, welche regionalen Unterschiede es gibt und welche Bevölkerungsgruppen besonders betroffen sind. Zum vierten können sie auch nicht abbilden, welche Bedeutung negativ bewertete Faktoren im jeweiligen Land tatsächlich haben und wie damit innergesellschaftlich umgegangen wird – so mögen etwa Armut, Arbeitslosigkeit oder Gesundheitsversorgung in jedem Land nicht nur unterschiedlich definiert sein, sondern auch sehr unterschiedliche Konsequenzen nach sich ziehen. Und schließlich – fünftens – liegt der Schwerpunkt auf Struktur-faktoren und auf Symptomen fragiler Staatlichkeit, während Prozesse, Dynamiken und auch Ursachen für die Erosion von Staatlichkeit auf diese Weise kaum abbildbar sind. Dieser Umstand führt auch dazu, dass in den Rankings

akute Krisengebiete wie etwa Sri Lanka oder Libanon relativ positiv bewertet werden, obgleich sich an beiden Beispielen zeigen lässt, dass nur wenige Faktoren und Auslöser genügen, um einen Konflikt gewaltsam zu eskalieren, der sowohl die Fragilität der staatlichen Institutionen offenlegt als auch weiter befördert. Aus diesen Gründen können Rankings und Indizes qualitative Fallstudien und regionalwissenschaftliche Analyse nicht ersetzen, sie können aber eine gewisse Orientierung geben, um eine vertiefte Untersuchung anzuleiten und mögliche Hypothesen zu generieren. Ein Beispiel für eine Vorgehensweise auf der Basis komparativ angelegter Fallstudien ist das SWP States at Risk-Projekt (2003-06), in dem anhand von zwölf ausgewählten Ländern (Belarus, Birma, Georgien, Jemen, Jordanien, Kenia, Pakistan, Sambia, Sri Lanka, Turkmenistan und Venezuela) die Mechanismen und Dynamiken fragiler Staatlichkeit sowie Möglichkeiten des externen Statebuilding untersucht wurden.¹²

¹² Siehe dazu ausführlicher: Ulrich Schneckener (Hg.): *Fragile Staatlichkeit. „States at Risk“ zwischen Stabilität und Scheitern*, Baden-Baden: Nomos, 2006.

Anhang: Rankings und Indizes in der Übersicht

Insgesamt: 109 Staaten	Failed States Index 2005/06 (38)	Center for Global Develop- ment 2006 (48)	DFID 2005 (46)	BTI Status Index 2006 (55)	UNDP, HDI 2003, (70)	UNTAC 2003 LDCs (50)	Weltbank 2004 Govern- ance Indica- tors (71)	Weltbank 2006 Low income econo- mies (54)
Ägypten				X	X			
Äquatorial- Guinea	X				X	X	X	
Äthiopien	X	X	X	X	X	X	X	X
Afghanistan	X	X	X	X	k.A.	X	X	X
Albanien							X	
Algerien				X			X	
Angola		X	X	X	X	X	X	
Aserbaidshan		X	X	X			X	
Bangladesch	X				X	X	X	X
Benin					X	X		X
Bhutan	X				X	X		X
Birma	X	X	X	X	X	X	X	X
Bolivien					X			
Bosnien	X	X					X	
Botswana					X			
Burkina Faso		X		X	X	X	X	X
Burundi	X	X	X	X	X	X	X	X
Cape Verde						X		
China				X				
Cote d'Ivoire	X	X	X	X	X		X	X
Dominica			X					
Dominikan. Republik	X							
Dschibuti		X	X		X	X	X	
Ecuador							X	
Eritrea		X	X	X	X	X	X	X
Gabun					X		X	
Gambia		X	X		X	X		X
Georgien			X				X	
Ghana					X			X
Guatemala	X			X	X		X	
Guinea	X	X	X	X	X	X	X	X
Guinea-Bissau		X	X		X	X	X	X
Guyana			X					
Haiti	X	X	X	X	X	X	X	X
Honduras					X		X	
Indien		X			X			X
Indonesien			X		X		X	
Irak	X			X	k.A.		X	
Iran				X			X	
Jemen	X	X	X	X	X	X	X	X

SWP-Berlin
Rankings und Indizes: Welche Staaten gelten als fragil?
März 2007

Insgesamt: 109 Staaten	Failed States Index 2005/06 (38)	Center for Global Develop- ment 2006 (48)	DFID 2005 (46)	BTI Status Index 2006 (55)	UNDP, HDI 2003, (70)	UNTAC 2003 LDCs (50)	Weltbank 2004 Govern- ance Indica- tors (71)	Weltbank 2006 Low income econo- mies (54)
Jordanien				X				
Kambodscha		X	X	X	X	X	X	X
Kamerun		X	X	X	X		X	
Kasachstan				X			X	
Kenia	X		X		X		X	X
Kirgistan	X	X		X	X		X	X
Kiribati		X	X			X		
Kolumbien	X							
Komoren		X	X		X	X	X	X
Kongo, DRC	X	X	X	X	X	X	X	X
Kongo- Brazzaville		X	X		X		X	
Kuba				X				
Laos	X	X	X	X	X	X	X	X
Lesotho					X	X		
Libanon							X	
Liberia	X	X	X	X	k.A.	X	X	X
Libyen				X			X	
Madagaskar					X	X		X
Malawi				X	X	X	X	X
Malediven						X		
Mali			X		X	X		X
Marokko				X	X			
Mauretanien					X	X		X
Moldau				X	X		X	
Mongolei					X			X
Mosambik		X			X	X	X	X
Nambias					X			
Nepal	X	X	X	X	X	X	X	X
Nicaragua					X		X	
Niger		X	X	X	X	X	X	X
Nigeria	X	X	X	X	X		X	X
Nordkorea	X			X	k.A.		X	X
Pakistan	X	X		X	X		X	X
Papua Neu- Guinea		X	X	X	X		X	X
Paraguay							X	
Ruanda	X	X		X	X	X	X	X
Rußland							X	
Sambia		X			X	X	X	X
Samoa						X		
Sao Tomé & Principe		X	X		X	X		X
Saudi-Arabien				X				
Senegal					X	X		X

SWP-Berlin
Rankings und Indizes: Welche Staaten gelten als fragil?
März 2007

Insgesamt: 109 Staaten	Failed States Index 2005/06 (38)	Center for Global Development 2006 (48)	DFID 2005 (46)	BTI Status Index 2006 (55)	UNDP, HDI 2003, (70)	UNTAC 2003 LDCs (50)	Weltbank 2004 Governance Indicators (71)	Weltbank 2006 Low income economies (54)
Sierra Leone	X	X	X	X	X	X	X	X
Simbabwe	X	X	X	X	X		X	X
Solomon Islands		X	X		X	X	X	X
Somalia	X	X	X	X	k.A.	X	X	X
Sri Lanka	X							
Sudan	X	X	X	X	X	X	X	X
Südafrika					X			
Swaziland					X			
Syrien	X			X			X	
Tadschikistan		X	X	X	X		X	X
Tansania	X	X			X	X	X	X
Timor Leste		X	X		X	X		X
Togo		X	X	X	X	X	X	X
Tonga		X	X					
Tschad	X	X	X	X	X	X	X	X
Tunesien				X				
Turkmenistan				X			X	
Tuvalu						X		
Uganda	X	X			X	X		X
Ukraine							X	
Usbekistan	X	X	X	X	X		X	X
Vanuatu			X		X	X		
Venezuela	X			X			X	
Vereinigte Arab. Emirate				X				
Vietnam				X	X			X
Weißrußland				X			X	
Zentral Afrikan. Republik	X	X	X	X	X	X	X	X